

Betr.: Gesundheitskiosk

Antragsteller: SPD Kreis Hamburg-Nord

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

1. die Fortsetzung der fünf bestehenden lokalen Gesundheitszentren (LGZ) nach der aktuellen Förderperiode (2025) – unter entsprechender Berücksichtigung der projektbegleitenden Evaluationsergebnisse – finanziell abgesichert wird.
2. die erforderlichen finanziellen Mittel zur Schaffung von Gesundheitskiosken entsprechend des Referent*innenentwurfs des Bundesgesundheitsministerium in seiner final beschlossenen Form bereitgestellt werden.
3. Gesundheitskioske insbesondere in den Bezirken und Stadtteilen etabliert werden, in denen aktuell keine LGZ vorhanden sind und
4. dabei die nach dem Referent*innenentwurf vorgesehenen Gesundheitskioske für Patient*innen unabhängig von der individuellen Krankenkasse zur Verfügung stehen.

Begründung:

Lt. Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums zum SGB V sollen Gesundheitskioske bundesweit breitflächig ausgerollt und damit die medizinische Versorgung für Menschen mit „kleinem Geldbeutel“ verbessert werden.

Dabei sollen die Kommunen 20% der Kosten übernehmen.

Vorgängermodelle wie Gesundheitszentren (LGZ) und Polikliniken haben sich – auch aufgrund der herausfordernden Suche nach den erforderlichen Ärzt*innen – nicht als geeignete Lösung für alle in Frage kommenden Stadtteile erwiesen.

Ein Vorantreiben des Modells Gesundheitskiosk würde die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Stadtteilen wie z.B. Dulsberg deutlich verbessern können.